

DER  
AUTORITÄRE  
TERROR

*Wie Cancel Culture und Gutmenschentum  
den Westen verändern*



BEN SHAPIRO

LMV

BEN SHAPIRO  
DER  
AUTORITÄRE  
TERROR

*Wie Cancel Culture und Gutmenschentum  
den Westen verändern*

Aus dem Amerikanischen  
von Pascale Mayer

LMV

Distanzierungserklärung: Mit dem Urteil vom 12.05.1998 hat das Landgericht Hamburg entschieden, dass man durch die Ausbringung eines Links die Inhalte der gelinkten Seite gegebenenfalls mit zu verantworten hat. Dies kann, so das Landgericht, nur dadurch verhindert werden, dass man sich ausdrücklich von diesen Inhalten distanziert. Wir haben in diesem E-Book Links zu anderen Seiten im World Wide Web gelegt. Für alle diese Links gilt: Wir erklären ausdrücklich, dass wir keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte der gelinkten Seiten haben. Deshalb distanzieren wir uns hiermit ausdrücklich von allen Inhalten aller gelinkten Seiten in diesem E-Book und machen uns diese Inhalte nicht zu Eigen. Diese Erklärung gilt für alle in diesem E-Book angezeigten Links und für alle Inhalte der Seiten, zu denen Links führen.

Amerikanische Originalausgabe: »The Authoritarian Moment«  
Copyright © 2021 by Ben Shapiro. All rights reserved.  
Für Informationen wenden Sie sich bitte an HarperCollins Publishers, 195  
Broadway, New York, NY 10007.

Deutsche Erstausgabe:  
© 2022 LMV, ein Imprint der Langen Müller Verlag GmbH, München  
Alle Rechte vorbehalten  
Umschlaggestaltung: Sabine Schröder  
Umschlagmotiv: Getty Images  
Satz und E-Book Konvertierung: VerlagsService Dietmar Schmitz GmbH,  
Heimstetten  
ISBN 978-3-7844-8438-9  
[www.langenmueller.de](http://www.langenmueller.de)

# INHALT

Vorwort von Jan Fleischhauer

Einleitung

Kapitel 1:

Wie man eine Mehrheit zum Schweigen bringt

Kapitel 2:

Wie die autoritäre Linke Amerika renormiert hat

Kapitel 3:

Die Erschaffung einer neuen Herrscherklasse

Kapitel 4:

Wie die »*Wissenschaft*« die Wissenschaft besiegte

Kapitel 5:

Der autoritäre Boss

Kapitel 6:

Die Radikalisierung der Unterhaltungsbranche

Kapitel 7:

Fake News

Kapitel 8:

Wie man sich von den Amis entfremdet

Wir haben die Wahl

Danke

Register

# VORWORT

Der große amerikanische Konservative William F. Buckley wurde einmal gefragt, warum er so viel schreibe. Weil er Angst habe, dass die andere Seite mehr schreibe, war seine Antwort.

Der Satz fasst für mich perfekt zusammen, was den amerikanischen Konservativen ausmacht: Er ist angriffslustig, aufsässig und im Zweifel nie um eine Pointe verlegen.

Als ich 2001 für den *Spiegel* nach New York ging, tat sich für mich auch politisch eine neue Welt auf. Die Konservativen, die ich bis dahin kannte, waren gediegene, ernstzunehmende Leute, die brav ihre Sache vertraten. Lustig oder gar frech waren sie nie.

Der deutsche Konservative ist defensiv gestimmt. Er glaubt im Prinzip an den Fortschritt, er will ja nicht als Griesgram gelten, aber seine Weltsicht ist dezidiert melancholisch. Man spürt bei seinen Sätzen das Bemühen um Selbstvergewisserung, das Bedürfnis, sich und den Lesern zu sagen, dass man doch auf der richtigen Seite stehe, trotz der Anfechtungen, vor denen auch ein Konservativer nicht gefeit ist. Weil die Lage im Prinzip immer ernst ist, erscheint jeder Übermut fehl am Platz. Übertreibung, Spott, Polemik: Das haben nur Leute nötig, die nicht das bessere Argument auf ihrer Seite wissen.

Da ist der amerikanische Konservative aus anderem Holz geschnitzt. Er will austeilen, nicht verteidigen. Sein Ziel ist Geländegewinn auf dem Terrain des Meinungskampfes, nicht die Bewahrung des Erreichten. Deshalb nimmt er auch jedes Podium wahr, das man ihm bietet.

Eine Einladung zu einer Krawallshow bei *CNN* oder *Fox News*? Aber sicher, wenn es der Sichtbarkeit dient! Wenn mal ein Satz danebengeht: Sei's drum. Eine gewisse Unseriosität gilt hier als Preis der Popularität. Wer sich zu ernst nimmt, ist in der Regel unfähig, die breite Masse zu erreichen.

Es ist kein Zufall, dass viele, die die erste Welle amerikanischer Konservativer bildeten, von links kamen. Intellektuelle, die von der Wirklichkeit vermöbelt worden waren, wie ein berühmter Satz von Irving Kristol lautet: »Mugged by reality«, heißt das so schön im Englischen. Was diese Fahrensleute neben einer genauen Kenntnis der Themen (und Idiosynkrasien) der Linken mitbrachten, waren ein Wortwitz und eine Provokationslust, die normalerweise eher links als rechts der Mitte anzutreffen sind.

Der Autor Ben Shapiro ist 38 Jahre alt und damit ein Vertreter der zweiten Welle konservativer Autoren. Was heißt, bei ihm ist die Rauflust noch einmal doppelt so stark ausgeprägt. Ich habe mir Auftritte von Shapiro im Netz angesehen. Das Erste, was auffällt, ist die Geschwindigkeit, in der er spricht, die Härte und Präzision, mit der er seine Thesen vorträgt. Man merkt ihm die Freude an, seine Gegner gegen sich aufzubringen. Wenn sie ihn auf der Linken für einen Gottseibeius von rechts halten? Umso besser!

Bis heute umgibt Shapiro eine Art Wunderkind-Aura, das trägt zur Verwirrung bei. Mit 17 Kolumnist, mit 20 der Abschluss in Politikwissenschaft an der University of California, mit 23 das Juraexamen an der Harvard Law School, natürlich cum laude. Ich habe aufgehört zu zählen, wie viele Bücher Shapiro inzwischen vorgelegt hat, ich glaube die Zahl beläuft sich auf elf. Hier ist jemand, der alle Sprachcodes und Empfindlichkeiten kennt, die heute das Leben in der akademischen Welt bestimmen – nur hat er daraus ganz andere Schlüsse gezogen als seine

Mitstudenten.

Was braucht es, um sich als Autor durchzusetzen? Die Fähigkeit sich aufzuregen, klar. Wer alles mit der Abgeklärtheit eines buddhistischen Mönchs betrachtet, wird niemals einen Satz hinlegen, der Schwung und Kraft hat. Es ist zweifellos auch hilfreich, wenn man so schreiben kann, dass die Leute nicht den Eindruck haben, sie wären im Proseminar oder in der Kirche. Das Wichtigste aus meiner Sicht ist allerdings eine innere Unabhängigkeit, was das Urteil anderer angeht.

Die meisten Journalisten, die ich kenne, wollen, dass man sie mag. Wenn man politisch links eingestellt ist, stellt das kein grundsätzliches Problem dar, weil die meisten Menschen, denen man begegnet, die Welt so sehen wie man selbst. Wenn man allerdings als Kolumnist dezidiert nicht links ist, steht man ziemlich schnell ziemlich alleine da.

Die Tragik konservativer Autoren ist, wenn man so will, dass sie in einer Welt leben, in der die überwältigende Mehrheit anderer Meinung ist. Ihre Fans findet man nicht auf den Dinnerpartys und Stehempfängen, auf denen sie sich bewegen.

Ich habe vier Jahre in New York gelebt. Ich habe in der Zeit praktisch niemanden getroffen, der freiwillig bekannte, für die Republikaner gestimmt zu haben. Irgendwo muss es Republikaner gegeben haben, schließlich hat New York mit John Lindsay sogar mal einen republikanischen Bürgermeister gehabt. Aber man sah sie nie.

Selbst Donald Trump war noch Demokrat, als ich 2001 nach New York zog. Wer weiß, wenn die New Yorker Elite ihn ihre Verachtung nicht so deutlich hätte spüren lassen, er wäre möglicherweise nie auf die Idee gekommen, sich zu rächen, indem er Präsident wurde. Aber schon damals war er für sie nur das orangegesichtige Monster, eine Spottfigur, die für den Hang zu osteuropäischen

Schönheitsköniginnen ebenso verlacht wurde wie für das Fake-Gold in seinem Trump Tower.

Schon 2001 hätte man übrigens sehen können, dass es mehr Menschen gab, die bewundernd durch Trumps Talmipalast streiften, als Kritiker, die sich über seinen schlechten Geschmack lustig machten. Aber da niemand, der in New York etwas auf sich hielt, jemals den Trump Tower betrat, blieb das unbemerkt.

In der Medienwelt und in der Kultur gibt es praktisch nur Leute, die links sind und das auch alle wissen lassen. Natürlich leben da draußen auch jede Menge Menschen, die weder »Winnetou« für eine rassistische Figur halten, noch »Layla« für einen Song, den man unter Aufführungsverbot stellen muss. Wäre es anders, müssten sich die Grünen keine Sorgen machen, ob sie jemals ins Kanzleramt gelangen. Aber man findet dieses normale Deutschland in der Regel dort, wo Großstadtbewohner nur selten einen Fuß hinsetzen. »Fly Over States« heißen treffenderweise die Bundesstaaten in den USA, in denen das Publikum zuhause ist, das jemanden wie Shapiro verehrt. Das Quellgebiet der Konservativen ist die Provinz, jene kleinen und mittelgroßen Städte, in denen die Mehrheit der Bürger lebt. Wer eine der führenden Zeitungen des Landes aufschlägt, muss den Eindruck gewinnen, dass der Durchschnittsdeutsche eine der Innenstadtlagen mit gewachsenen Altbaudielen bevölkert, in denen selbstverständlich mehrheitlich grün gewählt wird.

Die Wahrheit ist: In Großstädten, also Städten mit mehr als 400 000 Einwohnern, leben lediglich 27 Prozent der Deutschen, was möglicherweise erklärt, warum der Bundeskanzler Olaf Scholz heißt und nicht Annalena Baerbock. Der Bible-Belt, das sind bei uns Orte wie Tuttlingen oder Oggersheim, jene als Heimat des Kleinbürgers verspottete Welt, in der am Arbeitsplatz Tassen mit der Aufschrift »Bin bei der Arbeit, nicht auf der Flucht« stehen, in der zum Muttertag Blumen geschenkt

werden, und man auch nichts Verwerfliches an Gardinen und Häkeldeckchen findet.

Man sollte meinen, dass die Verwurzelung im Volk zu einer gewissen Unempfindlichkeit führt, was Kritik angeht. Aber auch die meisten Politiker haben furchtbare Angst davor, in der Zeitung für ihre Meinungen verprügelt zu werden. Das gilt zumal, wenn sie im Verdacht stehen, irgendwie reaktionär zu sein.

Die Krux bei vielen konservativen Politikern ist, dass ihnen das Feuilleton der *New York Times* oder der *Süddeutschen Zeitung* wichtiger ist als der Wahlkreis, in dem sie aufgestellt sind. Sie freuen sich wie kleine Kinder, wenn ihnen in der Zeitung für ihre Fortschrittlichkeit Beifall gezollt wird. Leider übersehen sie dabei, dass die Leute, die sie wählen, das Lob im Feuilleton weniger wichtig nehmen als sie selbst.

»The Authoritarian Moment« heißt der Titel der Originalausgabe. Die neue linke Orthodoxie könnte den Höhepunkt ihrer Macht bereits erreicht haben, lautet eine der Thesen. Wenn die Mehrheit die Nase voll hat, sich von einer kreischigen Minderheit die Regeln des Zusammenlebens diktieren zu lassen, ist es mit ihrer Herrschaft schnell vorbei. Ich sehe vieles anders als Shapiro, in dem Punkt bin ich ganz bei ihm.

Uns trennt so manches. Mir fehlt dieser existentialistische Blick, der seinen Büchern das Unbedingte verleiht. Ich sehe mich, anders als er, auch nicht von lauter Feinden umgeben. Aber wenn mir eines gefällt, dann ist es die Unerschrockenheit, die seine Auftritte auszeichnet. Ich würde mir wünschen, wir hätten auch in Deutschland mehr Leute, die sich nicht bei jedem Satz überlegen, ob den irgendjemand übelnehmen könnte. Weniger Angst, mehr Mut: Das täte uns allen gut.

Jan Fleischhauer  
München im September 2022

# EINLEITUNG

Schenkt man den machthabenden Institutionen Glauben, so stellt der Autoritarismus eine ernsthafte Gefahr für die Vereinigten Staaten von Amerika dar.

Die Social-Media-Freaks und Technik-Geeks, die Unternehmensbosse und Universitätsprofessoren, die Demokratische Partei, die Hollywood-Schickeria und die sogenannten Establishment-Medien, die als voreingenommene Förderer eines bestehenden Systems des Regierens und des Denkens auf Kosten objektiver Perspektiven wahrgenommen werden - sie alle stimmen darin überein, dass die autoritäre Bedrohung unmittelbar von der politischen Rechten ausgeht.

Diejenigen, deren Glaubenssätze weite Teile des amerikanischen Lebens bestimmen, sind sich auch darin einig, dass sich die autoritäre Bedrohung an einem ganz bestimmten Tag am eindrucklichsten offenbart hat. Dieser Tag war der 6. Januar 2021.

An jenem Mittwoch fand ein Sturm auf das Kapitol in Washington statt. Hunderte, wenn nicht sogar Tausende Randalierer setzten sich von einer sehr viel größeren Gruppe friedlich demonstrierender Trump-Unterstützer ab und verschafften sich gewaltsam Zutritt zum Parlamentsgebäude. Viele von ihnen hegten das Ziel, den Kongressabgeordneten und dem Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten, Mike Pence, Gewalt anzutun. Sie erhofften sich dadurch, den Senat und das Repräsentantenhaus an der formellen Bestätigung des Sieges von Joe Biden bei der Präsidentschaftswahl 2020 zu hindern und Donald Trump auf diese verfassungswidrige

Weise zur Fortsetzung seiner Präsidentschaft zu verhelfen.

Die Bilder, die am 6. Januar um die Welt gingen, waren in der Tat dramatisch, die Randalierer haben boshaft und niederträchtig gehandelt und sich wegen krimineller Handlungen strafbar gemacht. Trump-Flaggen schwenkende Idioten, ein Barbar mit Büffelhornmütze und ein unheimlicher Kerl in Militärmontur mit Kabelbindern in der Hand, die eine geplante Geiselnahme nahelegen – sie alle schafften es auf die Titelseiten zahlreicher Zeitungen weltweit. Wegen der Erstürmung des Kapitols und der Ausschreitungen innerhalb des Gebäudes mussten die Sitzung von Senat und Repräsentantenhaus unterbrochen und die anwesenden Kongressabgeordneten sowie der Vizepräsident in Sicherheit gebracht werden.

Alle Amerikaner guten Willens – aus allen politischen Lagern – verurteilten die Ausschreitungen des 6. Januar. Nachdem Sicherheitskräfte das Kapitol wieder geräumt hatten, wurde die Sitzung fortgesetzt, und Vizepräsident Pence persönlich beaufsichtigte die Auszählung der Stimmen bis zum Ende. Mitch McConnell, der republikanische Mehrheitsführer und Vertreter des US-Bundesstaates Kentucky im Senat, nannte die Randalierer widerliche Schwachköpfe, bevor er den Wahlsieg von Joe Biden zum 46. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika offiziell bestätigte.

Aber für die politische Linke stellten die Aufstände des 6. Januar nicht nur eine allgemein verurteilte kriminelle Handlung dar. Sie verkörperten den Gipfel des rechten Autoritarismus. Im *New York Magazine* schrieb der Publizist Jonathan Chait: »Wir haben einem instinktiv autoritären Soziopathen das mächtigste Amt der Welt anvertraut. Was haben wir eigentlich erwartet?«<sup>[1]</sup> Der Wirtschaftswissenschaftler und Kolumnist für die *New York Times*, Paul Krugman, legte Folgendes nahe: Die Grand Old Party, die große alte Partei, »hat sich bereit erklärt, die rechte politische Paranoia nicht nur zu tolerieren, sondern

sie auch noch zu füttern ... Die Republikaner haben den Höhepunkt einer langen Reise erreicht, auf der sie sich immer weiter von der Demokratie entfernt haben, und man kann sich kaum vorstellen, wie sie sich davon jemals wieder rehabilitieren sollen.«[2] Greg Sargent, Journalist bei der *Washington Post*, erklärte: »Trumps republikanische Partei hat einen hässlichen autoritären Kern.«[3] Lisa McGirr von der *New York Times* schrieb, dass die Republikaner sicherlich versuchen würden, ihre Haltung in Bezug auf die Aufstände des 6. Januar zu ändern, »aber der Nativismus, die extreme Polarisierung, die Wahrheitsschelte, der Weiße Nationalismus und die antidemokratischen Strategien, die wir mit Präsident Trump zu identifizieren pflegen, werden sehr wahrscheinlich bis weit in die Zukunft Hauptbestandteile des parteipolitischen Spielbuchs bleiben.«[4]

»Wenn Sie Trump gewählt haben«, sagte der Moderator Don Lemon auf CNN, »dann haben Sie den Kandidaten gewählt, der vom Ku-Klux-Klan unterstützt wird. Sie haben den Kandidaten gewählt, der von den Nazis unterstützt wird. Sie haben den Kandidaten gewählt, der von der rechtsextremen *Alt Right*-Bewegung unterstützt wird. Das ist die Gesellschaft, in der Sie sich befinden, wenn Sie Trump gewählt haben. Sie haben Ihre Stimme jemandem gegeben, der eine Menschenmenge aufgehetzt und angestiftet hat, das Kapitol zu stürmen, und der in Kauf genommen hat, dass Abgeordnete dabei ums Leben kommen.«[5]

Rechnungen müssten beglichen werden, und Charles Blow von der *New York Times* fragte: »Was tun wir jetzt, als Gesellschaft und als Staatskörper? Schlagen wir einfach das nächste Kapitel auf und hoffen auf eine bessere Zukunft? Lassen wir die Vergangenheit ruhen oder fordern wir in irgendeiner Form Gerechtigkeit ein? Ziehen wir die Verantwortlichen zur Rechenschaft dafür, dass sie dieses Land an den Abgrund gedrängt haben?«[6] Die MSNBC-

Moderatorin Joy Reid forderte, dem Vorbild der deutschen Entnazifizierung folgend, eine »Entbaathifizierung«. Die Baath-Partei des gestürzten Diktators Saddam Hussein war nach dem Irakkrieg 2003 aufgelöst worden.[7]

Tatsächlich behauptete die amerikanische Linke, dass die größte Gefahr für die Zukunft der Vereinigten Staaten vom rechten Autoritarismus ausginge. Sie verwob diese Behauptung mit konservativer Philosophie und der White-Supremacy-Ideologie, deren Anhänger der Meinung sind, die »weiße Rasse« sei anderen überlegen und ihre privilegierte Stellung müsse gewährleistet und verteidigt werden. Wenn man darin scheitere, Amerika von dieser Gefahr zu befreien, so die Linke, dann würde das den Untergang der Republik bedeuten.

Autoritarismus müsse unbedingt gestoppt werden.

Aber was wäre, wenn die größte autoritäre Gefahr für Amerika nicht von den bösen Verschwörungstheoretikern, Schwachköpfen und Kriminellen ausginge, die das Kapitol gestürmt hatten? Was, wenn die größte autoritäre Gefahr für das Land nicht eine verfemte Gruppe von Agitatoren wäre, die sich alle lächerlich machten, als sie sich, in Camouflage kostümiert und in Büffelfell gewickelt, in den heiligen Hallen der amerikanischen Demokratie austobten?

Was, wenn die größte autoritäre Gefahr für die amerikanische Freiheit von ganz woanders herkäme?

Was, wenn die unmittelbarste Bedrohung ausgerechnet von denen da oben ausginge, den Institutionen, den Mächtigen, den Meinungsbildnern, den Entscheidern: den respektierten Journalisten, die für renommierte Zeitungen schreiben, den Akademikern, die in strahlenden Elfenbeintürmen sitzen, den Hollywoodgrößen, die in glitzerbunten Büros Geschäfte machen, den IT-Nerds, die im Silicon Valley in die Tasten hauen, und den CEOs, die in den Chefetagen der Unternehmensgiganten regieren?

Was, wenn die größte autoritäre Gefahr in Wirklichkeit von einer Herrscherklasse ausginge, die die Werte von halb

Amerika verachtet, und von den Institutionen, die diese Klasse kontrolliert?

Was, wenn der schleichende Autoritarismus der Machthabenden sich seit Jahren langsam ausgeweitet hätte, unbemerkt?

Was, wenn es nicht nur einen Autoritarismus gäbe, sondern viele - und was, wenn er, wie ein Virus, verschiedene Stämme hätte und der ansteckendste davon nicht die Angst, die Paranoia wäre, die sich gelegentlich auf der Rechten breitmacht, sondern die unverdient selbstbewusste moralische Tugend auf der Linken?

## Der autoritäre Instinkt

Tief im Menschen scheint die Sehnsucht nach einem Diktator zu schlummern.

In der Bibel wird im Buch Samuel beschrieben, wie das Volk Israel sowohl von außen, durch sich bekriegende Stämme, als auch von innen, durch Uneinigkeit, bedroht wird. Bis eine neue Epoche beginnt: Die Zeit der Richter neigt sich dem Ende zu, und das Volk fordert einen König. Israel wird mehrfach vor den katastrophalen Folgen einer solchen Forderung gewarnt. Als Gott zum Propheten Samuel spricht: »Sie haben mich verworfen«, wendet Samuel sich ans Volk. Er kritisiert es heftig und klärt es über die Konsequenzen seiner Wahl auf. Ein König werde die Söhne Israels in seinen Dienst stellen und die Töchter an seinen Hof holen. Die besten Felder, Weinberge und Ölbäume werde er für sich nehmen, und vom Ertrag ihrer Äcker werde er ein Zehntel als Steuern einziehen, um damit seine Beamte zu entlohnen. Am Ende, so Samuel, seien alle des Königs Untertan und müssten ihm gehorchen. So würden sie bereuen, sich je einen König gewünscht zu haben, und wenn sie dann zum Herrn um Hilfe schrien, würde er sie nicht erhören.

Daraufhin entgegnet das Volk Israel dem Propheten: »Nein, wir wollen einen König, ein König soll über uns herrschen! Wir wollen wie alle anderen Völker sein. Unser König soll uns Recht sprechen, er soll vor uns herziehen und uns im Krieg anführen.«[8]

Der Mensch ändert sich nicht.

Folgende traurige Erkenntnis lässt sich aus der Evolutionsgeschichte ziehen: Weil der Mensch eine Gefahr für sich selbst darstellt, sucht er Sicherheit und Erfüllung in Form von Autorität. Er sehnt sich nach der Möglichkeit, den Menschen *umzugestalten*, und strebt danach, eine solche Runderneuerung durch die Ausübung von Macht zu erreichen. Der Mensch vertraut nicht allzu oft auf einen Gott als moralische Instanz, einen Gott, der aus dem Himmel gutmütig auf ihn herabschaut und ethische Leitlinien zur Verwirklichung eines erfüllten Lebens und einer glücklichen Gemeinschaft zu Verfügung stellt. Stattdessen schaut der Mensch auf zur irdischen Gewalt eines Königs, eines Führers, einer Institution. Zwischen dem Zug der Israeliten durch das Rote Meer und dem Tanz um das Goldene Kalb lagen nur wenige Wochen.

Der Mensch ist reif für den Autoritarismus.

Für einen Großteil der Menschheitsgeschichte hat der Autoritarismus sich in zentralisierten Regierungssystemen offenbart: Monarchien, Oligarchien, Aristokratien. Die Tatsache, dass sich die Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg so weit verbreiten konnte, ist außergewöhnlich, und die Demokratie ist außergewöhnlich zerbrechlich. Die Menschen haben zwar ihre Freiheit, aber Freiheit ist von kurzer Lebensdauer.

Die Demokratie wird vor allem von der Ochlokratie bedroht - der Pöbelherrschaft, bei der die Masse der unteren Gesellschaftsschichten ausbeuterische politische Beschlüsse gegenüber Minderheiten durchsetzt, wenn nötig auch mit Gewalt. Diese Herrschaftsform kann Freiheit auf zwei Wegen in Autoritarismus verwandeln:

einmal durch die *reaktionäre* Brutalität der Bürger, die Schutz vor einem Richtungswechsel suchen, den sie von innen wie von außen kommend wahrnehmen. Diese Art der Brutalität wird meistens mit der politischen Rechten in Verbindung gebracht. Und zum anderen durch die *utopische* Brutalität der Bürger, die den Herausforderungen der Gegenwart durch die Umgestaltung der Menschheit entkommen wollen. Diese Art der Brutalität wird meistens mit der politischen Linken in Verbindung gebracht. Oft ergänzen sich diese beiden Arten der Brutalität, schaukeln sich gegenseitig hoch und erzeugen so eine Abwärtsspirale in Richtung Tyrannei. Genau das ist in der Weimarer Republik geschehen. Die utopische Brutalität der Kommunisten geriet in Konflikt mit der reaktionären Brutalität der Nazis. Die Gewinnerseite führte die grausamste Tyrannei in der Geschichte der Menschheit ein, und die Verliererseite war ein Ableger einer der grausamsten Tyranneien in der Geschichte der Menschheit. Keine dieser beiden Seiten strebte die Erhaltung eines demokratischen, rechtebasierten Systems an.

Die Gründerväter der Vereinigten Staaten von Amerika sahen in der Pöbelherrschaft die größte Gefahr für ihr aufkeimendes System. Daher führten sie die Gewaltenteilung ein: Mit dem Prinzip der sogenannten »checks and balances« strebte man die gegenseitige Kontrolle von Verfassungsorganen zur Aufrechterhaltung des Machtgleichgewichts an. So sollten Individualrechte vor den verrückten Launen randalierender Massen geschützt werden. Die Verfassung war so konzipiert, dass sie Interesse gegen Interesse und Leidenschaft gegen Leidenschaft abwägen sollte. James Madison, einer der Gründerväter und von 1809 bis 1817 der vierte Präsident der Vereinigten Staaten, verabscheute bekannterweise die Bildung von Faktionen, da Streitigkeiten zwischen rivalisierenden Interessengruppen die Regierung

destabilisierten und das Gemeinwohl verschmähten. Als eine Faktion definierte Madison »eine Gruppe von Bürgern, eine Mehrheit oder eine Minderheit der Gesamtheit, die durch den gemeinsamen Impuls einer Leidenschaft oder eines Interesses vereint und zum Handeln motiviert ist, welcher im Widerspruch zu den Rechten anderer Bürger oder dem permanenten und gemeinsamen Interesse der Gemeinschaft steht.« Madison war der Meinung, dass sich der Faktionenbildung auf zweierlei Wegen begegnen ließe: Einerseits durch Einschränkung der Freiheit, denn »Freiheit ist für Faktionen, was die Luft für das Feuer ist, ein Lebenselixier, ohne die sie sofort ersticken.« Und andererseits durch das Herbeiführen einer Meinungs- und Interessengleichheit der Bürger. Beide Wege würden laut Madison zum Autoritarismus führen.[9] Die Lösung liege im System der »checks and balances«, mit dem sich verhindern ließe, dass die gleichen Interessen oder Leidenschaften zur gleichen Zeit in einer Mehrheit herrschten.

Eine Zeit lang funktionierte das auch. Und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens war das System der »checks and balances«, welches die Gründerväter eingeführt hatten, erstaunlich strapazierfähig. Die Hoffnungen von Mächtgernautokraten wurden routinemäßig durch die Kontrollmechanismen des Föderalismus und die Gewaltenteilung zunichtegemacht. Auch heute noch beweisen »checks and balances« Stehvermögen: Als Rüttelschwellen der Verfassungsordnung sorgen sie dafür, dass übereifrige Kräfte in ihrem Tatendrang gebremst werden. Obwohl Mitglieder beider Parteien, Demokraten wie Republikaner, immer wieder ihr Bestes geben, die verfassungsmäßige Ordnung außer Kraft zu setzen, werden Auswüchse, in Ansätzen zumindest, gemildert.

Zweitens, und das ist noch viel bedeutender, stießen die Anwandlungen des Pöbels auf breite Ablehnung bei den

Amerikanern. Sie verwarfen sowohl das utopische Wesen des linken Autoritarismus als auch den reaktionären Charakter des rechten Autoritarismus. Die amerikanischen Kernfreiheiten - Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Religionsfreiheit und Vereinigungsfreiheit - galten weitgehend als unbestritten. Wenn die amerikanische Geschichte durch politische Unterdrückung empfindlich verunstaltet wurde, was zweifellos der Fall war, dann geschah dies vor dem Hintergrund eines Freiheitsbegriffes, der immer breiter definiert wurde und für immer mehr Amerikaner gelten sollte. Die Gründerväter unterstützten diese Freiheitskultur geschlossen - vor allem die Gedanken- und die Redefreiheit.[10]

## Die autoritäre Denkweise

Unter der Oberfläche schlummert die autoritäre Denkweise.

In den 1940er-Jahren arbeiteten die Psychologen Else Frenkel-Brunswik, Daniel Levinson und R. Nevitt Sanford von der University of California, Berkeley, an einem Forschungsprojekt über antisemitische Vorurteile. Gemeinsam mit dem Philosophen und Gesellschaftstheoretiker Theodor W. Adorno entstand das Buch *The Authoritarian Personality*. Adorno war einer der Hauptvertreter der Frankfurter Schule, einem Kreis interdisziplinärer Intellektueller, deren kritische Gesellschaftsanalyse maßgeblich von Hegel, Marx und Freud inspiriert war [ins Deutsche wurde das Buch nie vollständig übersetzt. Erst Jahrzehnte nach der Fertigstellung erschienen Auszüge unter dem Titel *Der Autoritäre Charakter - Studien über Autorität und Vorurteil*].

In Amerika wurde *The Authoritarian Personality* 1950 veröffentlicht. Das Buch beschäftigte sich hauptsächlich

mit der Frage, wie das aufgeklärte Denken des Menschen in die Barbarei des Nationalsozialismus umschlagen konnte. Adorno et al. postulierten, dass man die Persönlichkeitsstruktur des Menschen anhand eines von ihnen neu entwickelten Fragebogens erfassen konnte, der sogenannten F-Skala, wobei »F« für »Faschismus« oder, genauer gesagt, für »implizite antidemokratische Tendenzen und Faschismuspotenzial« stand. Adorno et al. behaupteten, dass das amerikanische System solche Persönlichkeiten wie am Fließband produziere. Die Autoren wiesen darauf hin, dass die Veränderung einer potenziell faschistischen Struktur nicht allein mit psychologischen Mitteln erreicht werden könne. »Dieses Vorhaben lässt sich vergleichen mit der Absicht, Neurosen, Kriminalität oder Nationalismus aus der Welt zu schaffen. Sie sind Produkte, die der Gesamtheit der Gesellschaft entspringen, und man kann sie nur verändern, wenn man die Gesellschaft als Ganzes verändert.«<sup>[11]</sup>

Da Adorno ein linksgerichteter Freudianer war, hatte seine Analyse einen gewaltigen Haken: Allein die Möglichkeit eines *linken* Autoritarismus wurde von ihm komplett verworfen. Aber natürlich existiert der *rechte* Autoritarismus. In den Fußstapfen Adornos folgend, entwickelte der Harvard Sozialwissenschaftler Robert Altemeyer die RWA-Skala (RWA für Right Wing Authoritarianism) zur quantitativen Messung einer rechtsgerichteten autoritären Persönlichkeit anhand von drei Charaktereigenschaften:

1. Autoritäre Unterwürfigkeit (Unterwürfigkeit unter etablierte, legitime Autoritäten und generelle Akzeptanz ihrer Aussagen und Handlungen)
2. Autoritäre Aggression (durch Autoritäten sanktionierte generelle Aggression gegenüber einer bestimmten Außenseiter- oder Fremdengruppe) und
3. Konventionalismus (Befolgen etablierter

gesellschaftlicher Konventionen).[12]

Altemeyer fand heraus, dass rechter Autoritarismus überraschend weit verbreitet war. Erstaunlicherweise fand Altemeyer auch, dass Menschen mit linken Überzeugungen überhaupt nicht empfänglich für Autoritarismus schienen. Daraus schloss er, dass man linken Autoritarismus mit dem sagenumwobenen Ungeheuer von Loch Ness vergleichen könne: »Hier und da mal ein Schatten, aber kein Monster.«[13] Vielleicht hatte das etwas mit der Tatsache zu tun, dass die Fragen das Testergebnis verzerrten.[14] Und tatsächlich, als Lucien Conway, Professor der Sozialpsychologie an der University of Montana, Altemeyers Fragen exakt kopierte und dann die rechten Prämissen durch die linken ersetzte, stellte er fest, dass auf der LWA-Skala (LWA für Left Wing Authoritarianism) »die Liberalen« [In den USA und so auch in diesem Buch wird der Begriff »liberal« in einem anderen Sinn als bei uns verwendet, er steht für eher linksorientierte und sozialdemokratische Überzeugungen] die höchste Punktzahl für Autoritarismus bekommen hatten.« Conway erklärte das folgendermaßen: »Unsere Daten weisen darauf hin, dass Durchschnittsamerikaner mit einer politisch linken Gesinnung sich genauso zu dogmatisch autoritären Menschen entwickeln können wie Durchschnittsamerikaner mit einer politisch rechten Gesinnung. Und diese Linksautoritären können genauso voreingenommen, dogmatisch und extremistisch sein wie die Rechten.[15]

Der *Inhalt* des Dogmas ist einfach ein anderer: Laut Thomas Costello, Soziologe an der Emory University, zeichnet sich der linke Autoritarismus durch drei Eigenschaften aus, die denen des rechten Autoritarismus ziemlich ähnlich sind:

1. Top-Down-Zensur (eine abwärtsstrukturierte Zensur, die darauf abzielt, Gruppenautorität auszuüben, um

- typisch rechte Überzeugungen und Verhaltensweisen zu korrigieren)
2. Revolutionäre Aggression (konzipiert, um die bestehende Hierarchie gewaltsam zu stürzen und die Machthabenden zu bestrafen)
  3. Anti-Konventionalismus (spiegelt einen moralischen Absolutismus wider in Form von fortschrittlichen Werten und einer gleichzeitigen Ablehnung der Konservativen als von Natur aus unmoralisch, zeichnet sich außerdem durch das Bedürfnis nach sozialer und ideologischer Homogenität im eigenen Umfeld aus sowie durch das intolerante Verlangen, anderen linke Überzeugungen und Werte aufzuzwingen).«[\[16\]](#)

Tatsächlich findet man autoritäre Menschen auf allen Seiten des politischen Spektrums. Selbst Adorno kam zu diesem Schluss. Während der westdeutschen Studentenbewegung der 1960er-Jahre sah er, der an der Freien Universität Berlin unterrichtete, sich mit einigen jungen Radikalen konfrontiert. In einem Brief an seinen Freund und Mitstreiter Herbert Marcuse beklagte Adorno voller Wehmut den linken Autoritarismus der aufbegehrenden Studenten, die seinen Hörsaal besetzt und sich trotz mehrmaliger Aufforderung geweigert hatten, ihn zu verlassen: »Hier ging es wieder grässlich zu. Wir mussten die Polizei rufen, welche die im Raum Angetroffenen verhaftete ... In der Propaganda werden die Dinge völlig auf den Kopf gestellt, so als ob wir repressive Maßnahmen ergriffen hätten, und nicht die Studenten, die uns zuriefen, wir sollten die Klappe halten und wir hätten hier gar nichts zu melden.« Adorno schrieb, dass auch er nun Tendenzen sähe, die unmittelbar mit dem Faschismus konvergierten, und dass er die Gefahr eines Umschlagens der Studentenbewegung in Faschismus sehr viel ernster nehme als Marcuse. Dieser hatte die studentische

Protestbewegung mit großem Engagement unterstützt und die berüchtigte These aufgestellt, dass »repressive Toleranz« nach einer Zensur abweichender rechter Ansichten verlange.[17] »Ich glaube immer noch, dass unsere Sache (die ja nicht nur unsere ist) eher bei den rebellierenden Studenten aufgehoben ist als bei der Polizei«, schrieb Marcuse. Aufruhr von links bezeichnete er als »frische Luft«.[18]

Die Autoritären erkennen den eigenen Autoritarismus selten selbst. In ihren Augen scheint er eine arglose Tugend.

## Die autoritäre Frage

Wenn es also Rechts- und Linksautoritäre gibt - und wenn sich beide wechselseitig nähren und bestärken und Amerika in der Folge immer tiefer in einem moralischen Morast versinkt -, von wem geht dann die wahre Gefahr aus?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir uns zunächst mit zwei weiteren Fragen beschäftigen: Erstens, welche Form des Autoritarismus ist die gängigere auf den Fluren der Macht? Zweitens, welche Form des Autoritarismus wird am ehesten in Schach gehalten?

Und nun wenden wir uns mit diesen beiden Fragen im Hinterkopf noch einmal den Ereignissen des 6. Januar und ihren Nachwirkungen zu.

Es bestehen kaum Zweifel, dass die Aufrührer des 6. Januar Rechtsautoritäre waren. Sie stürmten das Kapitol, um die demokratischen Abläufe zum Erliegen zu bringen, den verfassungsrechtlichen Prozess zu torpedieren und all jenen Schaden zuzufügen, die sich bemühten, ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen. Diese Aufrührer übten sich in autoritärer Unterwürfigkeit - sie waren davon überzeugt, im Namen ihres Präsidenten

Donald Trump zu handeln und sein Werk zu vollbringen, indem sie gegen ein korruptes und kraftloses Establishment ankämpften. Sie übten sich in autoritärer Aggression – sie glaubten, bevollmächtigt zu sein, Schaden anzurichten, um Trump zu verteidigen und die Legislative zu übernehmen. Und sie übten sich im Konventionalismus – sie dachten, sie würden anerkannte Werte (die amerikanische Flagge, die Wahlen, die Demokratie selbst) gegen eine Revolution aus dem Inneren verteidigen.

Am 6. Januar 2021 stürmten diese Rechtsautoritären also das Kapitol.

Und entgegen der landläufigen Meinung hielt das System ihrem Angriff stand.

Wie sich gezeigt hat, wurde der rechte Autoritarismus in Schach gehalten, und zwar größtenteils durch *Mitglieder der politischen Rechten*. Es war Vizepräsident Mike Pence, der Präsident Trump in einem offenen Brief mitteilte, dass er seine Pflicht ausüben und dafür sorgen würde, dass sämtliche noch ausstehenden versiegelten Stimmzettel geöffnet und ausgezählt, die Einwände von Senatoren und Kongressabgeordneten angehört und die Wahl zum Präsidenten und Vizepräsidenten vollzogen würde, und zwar »in einer Art und Weise, die mit der Verfassung, den Gesetzen und der Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika im Einklang steht. So wahr mir Gott helfe!«<sup>[19]</sup> Es war Mitch McConnell, der republikanische Mehrheitsführer und Vertreter des US-Bundesstaates Kentucky im Senat, der den Wahlsieg Joe Bidens anerkannte und ihm umgehend gratulierte. Es waren die Republikaner im Senat, die ihre beantragten Einsprüche gegen die Wahlergebnisse in den US-Bundesstaaten Arizona und Pennsylvania sofort zurückzogen, nachdem das Kapitol durch Sicherheitskräfte geräumt worden war und die Parlamentssitzung fortgesetzt werden konnte. Und es waren republikanische Gouverneure und Staatssekretäre, die die Wahlergebnisse amtlich zertifizierten.

Die Institutionen hielten stand.

Viele Medien nannten den Sturm auf das Kapitol einen »*coup d'état*«, einen Staatsstreich, aber das war, genau genommen, nicht richtig, denn für einen Putsch, im eigentlichen Sinne, braucht man institutionelle Unterstützung, und die hatten die Aufrührer des 6. Januar ganz sicher nicht. Tatsächlich hat Trump niemals explizit zur gewaltsamen Übernahme des Kapitols aufgerufen. In seiner Ansprache an jenem Mittwochmorgen sagte er ausdrücklich, dass die Demonstranten »friedlich« sein sollten. Noch während die Randalie in vollem Gang war, forderte Trump auf Twitter alle auf, nach Hause zu gehen, wobei die meisten seiner Anhänger das bereits getan hatten. Schlussendlich – viel zu spät, natürlich – gab er eine Erklärung ab, in welcher er seine Niederlage eingestand und seine Anhänger erneut dazu aufforderte, ruhig zu bleiben. Trump mag autoritäre Tendenzen haben, aber er hat keine autoritäre Macht ausgeübt. Und nicht nur Trump selber, sondern auch keine einzige wichtige Institution der amerikanischen Gesellschaft hat den Sturm auf das Kapitol befürwortet. Noch dazu waren es nur wenige, die Trumps Bemühungen unterstützten, die Präsidentschaftswahlergebnisse anzufechten.

Tatsächlich verhält es sich nämlich folgendermaßen: Welche persönlichen autoritären Tendenzen Trump auch immer gehegt haben mag, sie wurden durch seine ganze Amtszeit hindurch in Schach gehalten. Gewiss hatte Trump sich autoritärer Rhetorik bedient, er wählte eine gewalttätige Sprache, deutete an, das Rechtssystem als Waffe nutzen zu wollen, und rief mehrfach zum Verfassungsbruch auf. Aber nichts geschah. Seine viel gescholtenen Generalstaatsanwälte weigerten sich, das Gesetz zu brechen. Trump sah davon ab, den Sonderermittler Robert Mueller zu feuern. Sein Hass auf die Medien zahlte sich für seine Feinde auch noch aus, nämlich in Form von Traumquoten: Der CNN-Journalist Jim

Acosta, der bei jeder Gelegenheit verkündete, er befände sich durch Trumps hitziges Gerede in ernsthafter Gefahr, erlangte durch seine Selbstdarstellung große Berühmtheit. Zu keinem Zeitpunkt musste Acosta befürchten, von seiner journalistischen Tätigkeit entbunden oder gar verhaftet zu werden. Der wahre Schock des 6. Januar bestand darin, dass für einen kurzen Moment die Leitplanken durchbrochen wurden, nachdem sie über Jahre hinweg gehalten hatten. Und dann wurden sie wieder aufgestellt, zum Teil von einstigen Trump-Alliierten.

Schauen wir einmal ins andere politische Lager.

In der Zeit nach dem 6. Januar traten Amerikas institutionelle Mächte in Aktion, um autoritäre Maßnahmen zu treffen.

Die Establishment-Medien propagierten auf breiter Front, dass man den Mainstream-Konservativen und den konservativen Nachrichtenanbietern ihre Plattform entziehen sollte. CNN berichtete, dass der Sturm auf das Kapitol eine alte Debatte neu entflammt habe, über die in Amerika seit Langem bestehende Rechtfertigung für verbalen Extremismus und Hasstiraden. Natürlich zitierten die Medien dazu »Experten« wie Wendy Seltzer, Juristin und Stipendiatin am Berkman Klein Center for Internet & Society der Harvard University, die etwa behauptete, dass von der freien Meinungsäußerung doch in erster Linie Menschen mit weißer Hautfarbe profitierten.[20] Nikole Hannah-Jones, Social-Media-Erscheinung, Dauertatsachenverdrehlerin und mit dem Pulitzerpreis ausgezeichnete Lieferantin von historischen Romanen über das Böse, das Amerika innewohnt, verlangte schnell nach einer »Abrechnung« in den Medien.[21] Der Feuilletonist Max Boot schlug in der *Washington Post* vor, dass der Nachrichtensender Fox News aus Comcast, dem größten Kabelnetzbetreiber der USA, herausfliegen sollte oder dass die FCC, die Bundeskommunikationskommission der Vereinigten Staaten, dazu befähigt werden sollte,

Kabelnetzwerke zu zensieren. Boots genaue Worte waren: »Biden muss die FCC wiederbeleben, sonst ist der Terrorismus, den wir am 6. Januar alle mitangesehen haben, vielleicht nur der Anfang, und nicht etwa das Ende eines Komplotts gegen Amerika.«[22]

Das waren keine leeren Worte. Fast alle sozialen Netzwerke in Amerika entfernten daraufhin die Accounts von Präsident Trump, obwohl sie dabei zugeben mussten, dass sie diesen Schritt nicht auf der Grundlage ihrer angeführten Richtlinien rechtfertigen konnten. Große Unternehmen kündigten an, dass sie ihre Unterstützung jedem Republikaner entziehen würden, der eine Anfechtung des Wahlergebnisses befürwortet hatte. Gegen Demokraten war ein solcher Schritt noch nie unternommen worden.[23] Josh Hawley, republikanischer Vertreter des US-Bundesstaates Missouri, war einer von acht Senatoren, die das Ergebnis der Präsidentschaftswahl wegen vermeintlicher Sorge um die Rechtmäßigkeit anfochten. Dabei ist allerdings darauf hinzuweisen, dass er dies ohne jegliche Gesetzesgrundlage tat. In der Folge zog der Verlag Simon & Schuster eine Buchveröffentlichung von Senator Hawley zurück.[24] Die Harvard Kennedy School of Government entfernte Elise Stefanik, republikanische Kongressabgeordnete für den US-Bundesstaat New York, aus dem Beraterausschuss, weil sie »öffentlich mehrfach geltend gemacht hatte, die Wahl sei gestohlen worden, obwohl für eine solche Behauptung keinerlei Beweise vorlagen.«[25] Der Domainregistrar und Webhosting-Anbieter GoDaddy kündigte seinen Vertrag mit AR15.com, dem weltgrößten Internetforum für Waffenliebhaber.[26]

Die unmittelbarste und dramatischste Reaktion auf die Kapitol-Erstürmung aber waren die verfassungsrechtlichen Maßnahmen gegen Parler. Die Mikroblogging-Plattform war im August 2018 als eine Alternative zu Twitter an den Start gegangen, nachdem Konservative sich über die Undurchsichtigkeit, Diskriminierung und eine bevorzugt

linke Weltanschauung des Dienstes beschwert hatten. Parler sollte die freie Marktalternative darstellen. Aber nach dem Sturm auf das Kapitol entfernten Google und Apple Parler aus ihren App Stores mit der Begründung, Parler-Nutzer hätten sich in Bezug auf den 6. Januar miteinander abgestimmt, aufrührerische und bedrohliche Inhalte, wie zum Beispiel Beiträge, die zur Gewalt aufriefen, geteilt, und diese seien von Parler nach wie vor nicht entfernt worden. Und dann kam es noch dicker, als nämlich Amazon Web Services (AWS), ein Anbieter von Cloud-Computing-Diensten und Tochterunternehmen des Online-Versandhändlers, seine Zusammenarbeit mit Parler aufkündigte. John Matze, der CEO von Parler, beklagte, dass man seinen Dienst verbieten würde, »bis wir freie Meinungsäußerung aufgeben, breite und invasive Richtlinien wie Twitter und Facebook einführen und eine Überwachungsplattform werden, indem wir Parler-Nutzer als Schuldige verfolgen, anstatt ihre Unschuld vorauszusetzen«. [27]

Wie es sich herausstellte, hatten viele Demonstranten des 6. Januar sich genauso über Facebook und Twitter abgesprochen. Aber keiner dieser beiden Dienste verlor deshalb seine Cloud-Infrastruktur. Die linken Medien versäumten es, auf diese Scheinheiligkeit mit einem Aufruf nach Rehabilitation für Parler zu reagieren. Stattdessen forderten sie *weitere Zensuren*, die nun auch Facebook und Twitter betreffen sollten. Der MSNBC-Fernsehmoderator Joe Scarborough, der den gesamten 2016er Präsidentschaftswahlkampf damit verbracht hatte, Trump zu pushen, ließ eine regelrechte Schimpftirade auf die sozialen Medien los: »Der Sturm aufs Kapitol hätte niemals stattgefunden, wenn es Twitter und Facebook nicht gäbe ... Die Facebook-Algorithmen wurden extra dafür entwickelt, dass diese Art von Radikalismus explodiert. Facebook und Twitter haben ihr Geschäftsmodell so angelegt, dass es zu diesem Aufruhr führen würde.« [28] Andere Tech-

Journalisten spiegelten diese Meinung – eine Meinung, die sie seit Jahren gehypt hatten, in der Hoffnung, all jene sozialen Netzwerke abzuschalten, die alternative Kanäle anboten.

In der Zwischenzeit sprachen politische Akteure von Rache. Sie wollten sich den Sturm aufs Kapitol zunutze machen, um lang gehegte politische Ziele zu erreichen. Alexandria Ocasio-Cortez, demokratische Kongressabgeordnete für den US-Bundesstaat New York, regte an, dass der Kongress eine Kommission für Medienkompetenz zusammenstellen solle, »um einen Weg zu finden, unsere Medienlandschaft im Zaum zu halten«. [29] Cori Bush, demokratische Kongressabgeordnete für den US-Bundesstaat Missouri, forderte, dass Kongressabgeordnete, »die durch ihre Hetze diesen Akt des Inlandsterrorismus mitzuverantworten hatten«, ihres Amtes enthoben werden sollten. [30] Senator Ron Wyden, demokratischer Vertreter des Staates Oregon, beteuerte auf NBCNews.com, die einzige Möglichkeit, einen erneuten Ansturm auf das Kapitol zu verhindern, sei es, Washington, D.C., zum 51. Bundesstaat der USA zu machen, eine (wahrscheinlich verfassungswidrige) Erneuerung des Voting Rights Act, des amerikanischen Wahlrechtsgesetzes von 1965, vorzunehmen und eine allgemeine Briefwahl einzuführen. [31] Als Joe Biden am 20. Januar 2021 das Präsidentenamt antrat, sagte Jim Clyburn, demokratischer Kongressabgeordneter für den US-Bundesstaat South Carolina, der Donald Trump mit Hitler und die Republikaner mit den Nazis verglichen hatte, [32] dass Biden doch einfach im Alleingang, per Dekret, handeln solle, um seine politische Agenda durchzusetzen, wenn der Kongress ein Hemmnis sei: »Wenn die Ihnen Steine in den Weg legen, machen Sie's ohne die. Wenn die nicht kooperieren wollen, machen Sie Gebrauch von Ihrer exekutiven Autorität. Sie können Großes tun und Sie können Großartiges tun, etwas, das bleibt, etwas von

Dauer.«[33] Es sollte erwähnt werden, dass in der Verfassung nirgendwo steht, dass ein Präsident einfach tun und lassen kann, was er möchte, ganz ohne Zustimmung des Kongresses.

Zusammenfassend kann man feststellen, dass am 6. Januar eine Gruppe radikaler, extremistischer Trump-Anhänger - Rechtsautoritäre - das Kapitol der Vereinigten Staaten von Amerika gestürmt haben. Der Aufstand wurde kurzerhand niedergeschlagen. Die Institutionen hielten stand. Die Aufrührer wurden von allen Seiten verspottet, man hat sich von ihnen distanziert, und sie wurden strafrechtlich verfolgt.

Unmittelbar danach nutzten Linksautoritäre die Situation zu ihren Gunsten voll aus, um revolutionäre Aggression, Top-Down-Zensur und Anti-Konventionalismus voranzutreiben. Dabei hatten sie nicht nur die Aufrührer zum Ziel, sondern auch die Konservativen und, allgemeiner gesprochen, die Individualrechte. Diese Perspektive spiegelte sich in fast allen mächtigen Institutionen der amerikanischen Gesellschaft wider.

Also, erlauben Sie mir, meine Fragen noch einmal zu stellen:

Wenn die Redefreiheit angegriffen wird, kommt die Gefahr dann hauptsächlich von den Rechtsautoritären? Oder kommt sie nicht viel mehr von den Linksautoritären in den Medien, den Big-Tech-Unternehmen und der Regierung?

Wenn demokratische Institutionen bedroht werden, kommt die Gefahr dann hauptsächlich von den Rechtsautoritären? Oder kommt sie nicht viel mehr von den Linksautoritären in der Regierung, die die Verfassung größtenteils verschmähen und viel mehr an die Umsetzung ihrer Weltanschauung top-down glauben, also von oben nach unten?

Wenn unsere grundlegendsten Freiheiten auf dem Spiel stehen, vor wem sollten wir uns dann mehr fürchten: den